

Ohne Bildung kein sozialer Halt möglich

Kultusminister Helmut Rau gedachte bei seinem Besuch der Frühjahrstagung der Landessynode der Toten des Amoklaufs von Winnenden und Wendlingen. Für die Bildungsdebatte rief er die Kirchen zum Dialog auf. Er gab zu bedenken, dass Schule eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht im Alleingang lösen könne.

Der Amoklauf von Winnenden und Wendlingen am Tag zuvor sei für ihn der bislang schwerste Tag seiner Amtszeit gewesen, erklärte der baden-württembergische Kultusminister Helmut Rau. „Es war vor allem ein unfassbar schlimmer Tag für Schülerinnen und Schüler, für Eltern, Lehrerinnen und Lehrer.“ Der Amoklauf habe gezeigt, wie verletzlich unsere offene Gesellschaft sei. „Warum hat denn niemand etwas bemerkt?“ Vielleicht müsse man aus dieser Katastrophe die Konsequenz ziehen, dass man auch auf unauffällige Menschen achten sollte. Rau bat um Fürbitte für die Opfer und ihre Angehörigen sowie für alle, die sich um Betreuung, Aufarbeitung und Aufklärung bemühen.

Danach kam er zum eigentlichen Grund seines Besuchs. Die Diskussion um Bildung und soziale Gerechtigkeit sei für eine hoch entwickelte Gesellschaft sehr wichtig. Ohne sie sei kein sozialer Halt oder Aufstieg möglich. Gleichzeitig bedürfe es eines gesellschaftlichen Umfelds, welches den Zugang zu Bildung und damit zu einem selbstbestimmten Leben ermögliche. „Schule kann durch gute Bildung einen Beitrag zum sozialen Ausgleich leisten, aber sie kann eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht im Alleingang lösen.“

Wichtig sei deshalb ein konstruktiver Dialog vor allem mit den Kirchen, um besonders die Integration von Kindern aus sozial schwachen



Kultusminister Helmut Rau:

„Schule kann durch gute Bildung einen Beitrag zum sozialen Ausgleich leisten, aber sie kann eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht im Alleingang lösen.“

Familien zu fördern. Er wies auf eine Studie von Helmut Fend hin, wonach langfristig betrachtet noch immer die soziale Herkunft über den Bildungserfolg entscheide.

„Wir werden uns also weiter viele Gedanken darüber machen müssen, wie wir Kinder und

Jugendliche individuell fördern können, wie wir es ihnen ermöglichen, Ziele auch in Stufen zu erreichen, und wie wir ihnen Möglichkeit geben, eine Bildungsbiografie aufzubauen, in der sie wirklich Potenziale entfalten können und ihren Platz in der Gemeinschaft finden“, so Rau.

Aus dem Inhalt

1/2009

Debatte zur aktuellen Bildungs- und Schulpolitik

Seite 1 - 5

Europa in der Zukunft: Nahe bei den Menschen, gerecht und weltoffen?

Seite 6 + 7

Gedenken an den Amoklauf von Winnenden und Wendlingen

Seite 8

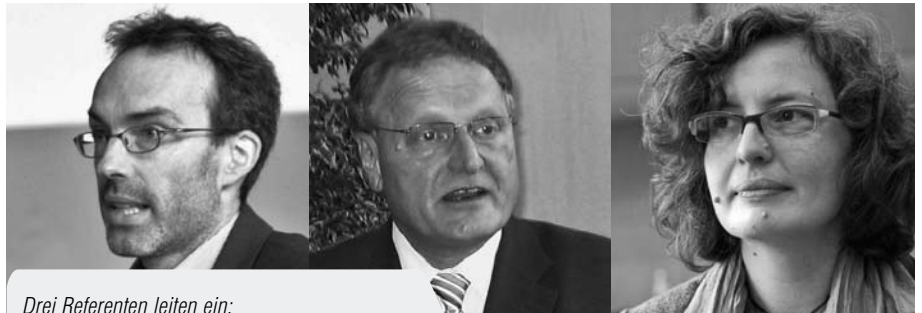
Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung

Drei Referate zum Thema Bildung: Thorsten Bohl plädierte für ein eingliedriges Schulsystem mit heterogenen Lerngruppen – Christoph Scheilke betonte das Recht jedes Menschen, nach seinen Gaben gefördert zu werden – Antje Fetzter forderte, sich um die verletzlichsten Glieder im Schulsystem zu kümmern.

Für ein eingliedriges Schulsystem mit heterogenen Lerngruppen plädierte Thorsten Bohl vom Institut für Erziehungswissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. In Deutschland entstünden qualitativ ganz unterschiedliche Lernmilieus dadurch, dass zu einem sehr frühen Zeitpunkt entschieden werde, auf welche Schulart ein Kind wechsele. Neuere Studien zeigten, dass auf diese Weise Gymnasiasten ihre Leistungen kontinuierlich steigern, während Hauptschüler ebenso kontinuierlich abfallen. Dabei konnte nachgewiesen werden, dass die Gegenwart leistungsstärkerer Schüler durchgehend zu höheren Lernfortschritten der leistungsschwächeren Schüler führe, ohne dass ein Nachteil für die Leistungsstärkeren die Folge sein müsse.

Gesamtschulen nach bisherigem Muster stellten dabei aber eine nur unbefriedigende Lösung dar: So wählten Eltern für ihre Kinder stets die Schulart, die die höchsten Aufstiegschancen verspreche. Entsprechend sei der Anteil derer, die eine Empfehlung für das Gymnasium haben, in der Regel an Gesamtschulen eher gering, der Anteil der Hauptschulempfohlenen dagegen sehr hoch. Ziel müsse also sein, so Bohl, ein Schulsystem zu schaffen, das Schüler mit ihren verschiedenen Voraussetzungen integriert. Mit ihrer unterschiedlichen Leistungsfähigkeit solle dort produktiv und kompetent umgegangen werden. Hierfür müssten Lehrer geschult werden.

„Bildung ist eine wesentliche Dimension der Kirche“, sagte Christoph Scheilke. Aus den drei Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung würden sich wichtige Konsequenzen für die Schulentwicklung ergeben. „Es gehört zur von Gott geschenkten Würde der Person, dass jeder Mensch das Recht hat, gemäß seinen individu-



Drei Referenten leiten ein:

Thorsten Bohl, Christoph Scheilke und Antje Fetzter (von links) gaben mit ihren Referaten Impulse für die Debatte zum synodalen Schwerpunktthema Bildung.

ellen Gaben gefördert zu werden.“ Förderung und Ermutigung begünstigen das Leistungsvermögen der Schüler. „Das zentrale Problem unseres Bildungssystems liegt darin, dass durch seine Organisation die soziale Chancenungleichheit noch verstärkt wird“, so Scheilke. Von der Bildung abhängig seien unter anderem das Gesundheitsverhalten, die Identitätsentwicklung und ob jemand im Ehrenamt tätig ist. Große individuelle Freiheit, viel Wissen und eine Vielfalt von Handlungsoptionen in unserer Gesellschaft machten es notwendig, junge Menschen darin zu bestärken, Verantwortung zu übernehmen. Scheilke forderte deshalb längeres gemeinsames Lernen, die gebundene Ganztageschule, eine Vernetzung zwischen allen Bildungsinstitutionen und angemessene Finanzmittel für alle Bereiche des Bildungswesens.

„Was kann Kirche dazu beitragen, den Startnachteil armer Kinder auszugleichen?“ Antje Fetzter fragte in ihrem Vortrag nach den verletzlichsten Gliedern unserer Gesellschaft. Und sie fragte, warum für die betroffenen Kinder und Jugendlichen so wenig getan werde. Damit lenkte sie die Aufmerksamkeit auf die „Mittelstandsorientierung unserer Kirche“ und auf die Ängste,

die „damit verbunden sind, dass ein anscheinend so knappes Gut wie gesellschaftlicher Erfolg einer größeren Gruppe zur Verfügung gestellt werden soll“. Für Fetzter ist der Erfolg der Bildungspolitik daran geknüpft, dass „die derzeitigen Bildungsgewinner es als Erfolg begreifen können, wenn benachteiligte Kinder und Jugendliche gleiche Chancen erhalten“.

Die Referentin nannte sechs Ziele, die eine nachhaltige Schulpolitik zu verfolgen habe, um dem gesellschaftlichen und diakonischen Auftrag gerecht zu werden. Dazu gehöre etwa die Vernetzung von Bildung, Betreuung und Erziehung beispielsweise durch Beteiligung von Eltern aus bildungsfernen Milieus, Betreuungsangebote und Ganztagesbegleitung. Oder die Abschaffung des dreigliedrigen und in der Konsequenz selektiven Schulsystems.

Ihr Fazit: „Diakonische Bildung ist die systematische Bemühung, Kinder und Jugendliche ihrer Gottebenbildlichkeit und ihrer Schöpfungswürde zu vergewissern.“ Eine mögliche Konkretion: Das Eintreten für Menschen in prekären Lebenslagen, ein Perspektivwechsel der Kerngemeinde hin zu diesen Menschen und der Vorbildcharakter diakonischer und kirchlicher Bildungsprojekte.

Bildungsgerechtigkeit im Fokus

Die Landessynode verabschiedete eine Entschließung zum Thema Schule und Bildung.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Bildung, Harald Klingler, lobte die Erklärung der Oberkirchenrate in Baden und Württemberg zur Bildungs- und Schulpolitik vom 26. September 2008. Dessen Titel „Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung“ benenne wesentliche Bildungsziele der abendländisch-christlichen Kultur. Die von der Herbstsynode beschlossene Debatte über das Perspektivpapier sei vom Ausschuss für Bildung und Jugend mit Unterstützung des Bildungsdezernats im Oberkirchenrat und des Pädagogisch-Theologischen Zentrums vorbereitet worden – und zwar „in einer großen Einmütigkeit.“

Die Landessynode stellte sich in einer Entschließung hinter diese Erklärung. Sie unterstützt alle Bemühungen, die zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen. Zudem bekräftigte sie die Forderung nach einem Bildungssystem, das an den jeweiligen individuellen Bedürfnissen der Schüler ausgerichtet ist. Auch sei die Synode gewillt, in den kirchlichen Schulen und anderen kirch-

lichen Bildungseinrichtungen entsprechende Reformanstrengungen nachhaltig zu fördern. Verantwortliche Personen gelte es, in ihrem Mühen zu bestärken. Auch solle ihre hohe Verantwortung gesellschaftlich anerkannt und die Rahmenbedingungen verbessert werden. „Wir halten es für dringlich geboten, Ganztagschulen als rhythmisierte Ganztagschulen zu gestalten, gleichzeitig aber zeitlich zu begrenzen. Für jedes Kind soll eine Ganztagschule erreichbar sein“, lautet eine Forderung der Synode. Auch sei der verfassungsmäßig verankerte konfessionelle Religionsunterricht notwendig. Allen Schülern solle ein Unterrichtsangebot gemacht werden, das ihrer religiösen Orientierung gerecht wird.

Den Text des Positionspapiers vom 26. September 2008 finden Sie unter: www.elk-wue.de/arbeitsfelder/bildung/bildungspolitik/

„Entwicklung“ im Namen

Der Ausschuss für Mission und Ökumene heißt nach dem Beschluss der Synode nun Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung. Wolfgang Traub, stellvertretender Vorsitzender des Ältestenrats, begründete den Antrag auf Namensänderung damit, dass der Begriff „Entwicklung“ auch im Namen des Referates für Mission, Ökumene und Entwicklung vorkomme. Zudem würde der Namenszusatz den Blick auf das Thema „Arm und Reich“ lenken.

Sonderausschuss Musik eingesetzt

Die Bildung eines zeitlich begrenzten Sonderausschusses Musik zur Durchführung eines Schwerpunkttags in Jahr 2011 wurde auf Antrag von Winfried Dalferth (Crailsheim) beschlossen. Ihm gehören Winfried Dalferth als Vorsitzender, Matthias Hanmann (Herrenberg) als Stellvertreter, Dorothea Gabler (Backnang), Dieter Abrell (Stuttgart), Gerhard Schubert (Ditzingen), Robby Höschele (Altdorf), Hanna Fuhr (Reutlingen) und Matthias Böhler (Bönnigheim) an.

Erziehungspartner-schaft stärken

Die größte Pflicht und Schuldigkeit gegenüber jungen Menschen sei es, ihnen Horizonte der Hoffnung und Perspektiven des Lebens zu eröffnen, sagte der Bildungsdezernent der Landeskirche, Werner Baur. Die vorrangige Aufmerksamkeit müsse dabei der Frage nach dem Menschenbild gehören, auch der Frage nach dem, was ein Mensch brauche. Die nachhaltigste Wirkung im Blick auf Veränderungsprozesse sehe er in einer Erziehungspartnerschaft, erklärte Baur. „Wir brauchen Partnerschaft, nicht Gegnerschaft, Vertrauen statt Misstrauen, Zuversicht und Gewissheit statt einer allgegenwärtigen Verunsicherung.“ Schule brauche keine Besserwisser, sondern die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Erziehungs- und Bildungsauftrag in einer sich rasant verändernden Welt.

Der badische Oberkirchenrat Christoph Schneider-Harpprecht berief sich auf den Reformator Philipp Melanchthon, „der sich auch das Leben im Paradies nicht anders vorstellen konnte denn als eine fröhliche Schule und umgekehrt das schulische Leben als Abbild jenes überaus glücklichen Zustands“. Entscheidend sei jedenfalls, dass sich evangelische Bildungsverantwortung unmittelbar vom Kern des evangelischen Bekenntnisses und von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben herleite. Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung seien darin begründet. Als Leitlinien des Bildungspapiers nannte Schneider-Harpprecht Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, die Förderung individuellen und sozialen Lernens sowie eine Vernetzung der Bildungsorte Familie, Kindergarten und Schule. Damit solle die Erziehungskraft der Familien gestärkt werden. Kinder und Jugendliche sollten in ihrem Bildungsprozess gut begleitet und die Übergänge zwischen verschiedenen Bildungsorten erleichtert werden.

Werteorientierung an Autoritäten

Bildung brauche vielfältige Lerngelegenheiten und authentische Vorbilder, sagte Hanna Fuhr für „Evangelium und Kirche“. Gute Bildung sei mehr als Wissen und Qualifikation, sie müsse zu verantwortungsbewusstem Handeln begleiten. Wertebewusstsein, Urteilsfähigkeit und religiöse Kompetenz gehörten dazu. Gute Lehrkräfte und verlässliche Rahmenbedingungen seien dazu nötig. Fuhr kritisierte die Einführung einer gebundenen Ganztagsschule ohne eine Veränderung der Rahmenbedingungen. „Dazu gehört die bessere Ausstattung an Lehrpersonal, die Ergänzung durch anderes Personal sozialpädagogischer,



Hanna Fuhr (EuK): Gute Bildung ist mehr als Wissen und Qualifikation.

heilpädagogischer, psychologischer und seelsorgerlicher Ausbildung, die Einbeziehung von Experten aus der betrieblichen Praxis sowie eine verbindliche Bildungspartnerschaft außerschulischer Bildungseinrichtungen.“

Die Idee der Bildungshäuser begrüßte Fuhr unter zwei Aspekten: Diese erleichtern den institutionellen Übergang zwischen Schule und Kindergarten und könnten Schulstandorte im ländlichen Raum erhalten helfen. Sie forderte die Bildungsverantwortlichen jedoch auf, für die Bewahrung eines von christlichen Werten geprägten Bildungsverständnisses einzutreten. „Wir müssen den Mut und die politische Kraft haben, anderes zugunsten der Bildung zurückzustellen. Gute Bildung kostet Geld, und das muss sie um der Zukunft unserer Kinder willen wert sein.“

Bildung als Basis für sozialen Frieden



Matthias Böhler (Kfm): Jedem für sein Talent die Rahmenbedingungen schaffen.

Das Gleichnis Jesu von den anvertrauten Talenten gebe vor, um was es in der Bildung gehe, sagte Matthias Böhler für „Kirche für morgen“. Das Gleichnis fordere auf, Menschen darin zu unterstützen, ihre eigenen Fähigkeiten zum Wohle aller zu entdecken und weiterzuentwickeln. „Unsere Anstrengungen müssen also von der Frage geleitet sein: Wie findet jede Begabung die ihr entsprechende Möglichkeit, sich zu entwickeln?“ Bei der Forderung um längeres gemeinsames Lernen gehe es darum, jedem für seine Talente die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Leistungsschwächere Kinder könnten dadurch motiviert werden und leistungsstarke mehr soziale Kompetenzen erwerben. Er sprach sich deshalb auch für die Integration von behinderten Schülern aus.

Von den evangelischen Schulen forderte Böhler ein klareres Profil. Gleichzeitig müsse sich die Kirche auch mehr in die staatliche Regelschule einbringen. Eine auf Kooperation ausgelegte Ganztagsschule biete die Chance, dass Kinder und Jugendliche Zugang zu den Feldern kirchlicher Arbeit bekämen und mit dem geforderten täglichen Ende der Schulzeit um 16 Uhr frei für andere Aktivitäten seien. Der Ansatz einer bewusst außerschulischen kirchlichen Jugendarbeit müsse damit überdacht werden: Zur evangelischen Bildungsarbeit gehöre ein Sich-Einlassen auf die Schule als Lebensraum.

Maße des Menschlichen

„Jeder Mensch hat ein Recht auf eine Bildung, die seinen Gaben und Begabungen entspricht“, so Stefan Hermann für die „Lebendige Gemeinde“. Allerdings sei Chancengleichheit, die eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermögliche, noch nicht verwirklicht, kritisierte er. Bildung ziele auch auf soziale Integration und Inklusion. Er forderte deshalb begabungsgemischte Lerngruppen. Der Reformdruck sei unermesslich. „Unmenschliches zeigt seine Züge nicht nur in Intoleranz, subtilen und offenen Formen von Ausgrenzung und Gewalt, sondern auch in dem vielfach dramatisch erlebten Überforderungsdruck.“ Dieser Masse des Unmenschlichen selbstkritisch und kritisch „Maße des Menschlichen“ entgegenzustellen, dazu sei es höchste Zeit, und dazu wolle das Positionspapier der Landeskirchen beitragen.

Eine Begrenzung der Schulzeit könne die Schule vor Überforderung entlasten und gleichzeitig außerschulische Bildungsangebote weiter ermöglichen. Hermann betonte auch die Notwendigkeit eines konfessionellen Religionsunterrichts. „Nur eine solche Bildung wird der Verantwortung jedes Einzelnen von Kirche und Staat in der Gesellschaft gerecht, die vorletzte und letzte Fragen von Menschsein und Gemeinschaft in all ihren Ausprägungen nicht ausschließt, sondern ihnen gerade zu ihrem Recht verhilft.“



Stefan Hermann (LG): Der Masse des Unmenschlichen Maße des Menschlichen entgegenstellen.

Schulzeit sinnvoll begrenzen



Werner Stepanek (OK): Bildungspartnerschaft für familienfreundliche Strukturen.

Das Bildungspapier gebe einen wichtigen Impuls, erklärte Werner Stepanek für die „Offene Kirche“. Teilhabegerechtigkeit sei die Kernaussage des Papiers, was bedeute, „dass alle Menschen am Bildungsangebot nach ihren Bedürfnissen teilhaben dürfen“. Das Papier setze nicht auf den Ausgleich von Defiziten, sondern auf eine Wertschätzung jedes Einzelnen. Dadurch solle es jedem Menschen ermöglicht werden, die ihm von Gott gegebenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entfalten. Eine zentrale Maßnahme sei die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens. Eine zu frühe Differenzierung oder gar Selektion berge die Gefahr bildungspolitischer Barrieren, die der individuellen Entwicklung schaden.

Der Gesprächskreis setze sich für eine starke Vernetzung der Bildungseinrichtungen ein, sodass Kindertagesstätten und Grundschule, private und öffentliche Schulen, schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen als Bildungspartnerschaften zusammenwirken. Er stellte sich hinter die Forderung nach einer rhythmisierten Ganztageschule, die sicherstelle, dass junge Menschen in der Schule zeitlich begrenzt lebten, lernten und danach Zeit für Familie, Verein, Freunde und Kirche hätten. Gerade diese Form der Ganztageschule sei besonders familienfreundlich, weil sie auf individuelle Bedürfnisse spezieller Familienstrukturen flexibel reagieren könne, sagte Stepanek.

Zustimmung zum Positionspapier

In der Aussprache zum Thema Schule und Bildung kritisierten Synodale das Schulsystem und regten Verbesserungen an.

Sibylle Lehmann (Owen/Teck) forderte dazu auf, in Deutschland Menschen nicht mehr nach ihren Defiziten einzustufen. Petra Ruffner-Käpplinger (Renningen) bemängelte, dass unsere Gesellschaft im Moment nicht bereit sei, mehr Geld für Bildung zu investieren. Werner Schmückle (Stuttgart) riet zur Vorsicht bei der Forderung nach einer grundsätzlichen Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, weil es die Begabten und Begüterten in differenzierte Privatschulen treiben könnte.

Dorothea Gabler (Backnang) meinte, man brauche die Mitarbeit der Kirche in der Bildung nicht nur im konfessionellen Religionsunterricht, sondern auch in der Schulseelsorge. Thomas Wingerter (Denkingen) vermisste konzeptionelle Wege in der Ausbildung der pädagogischen Kräfte.

Siegfried Jahn (Gschwend) wollte die Schulen auf den Dörfern erhalten wissen. Ulrike Mehne (Tuningen) hingegen berichtete von riesigen gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Land.

Dem trage dieses Papier Rechnung. Andreas Schäffer (Cleebronn) bemängelte wie Kerstin Vogel-Hinrichs (Friedrichshafen) das Schulgeld an evangelischen Schulen und Internaten, weil es manche von diesen Schulen ausschliesse. Gottfried Holland (Schwieberdingen) möchte als Kirche Eltern motivieren, sich wieder aktiv am Erziehungsprozess ihrer Kinder zu beteiligen.

Margarete Mühlbauer (Schwäbisch Hall) vermisste in der Erklärung den freien Nachmittag für den Konfirmandenunterricht. Deshalb wurde nach Antrag der Satz angefügt: „Für den Konfirmandenunterricht ist der Mittwochnachmittag freizuhalten.“

Volker Teich (Schorndorf) fand es positiv, dass das Papier der beiden Landeskirchen mit der Würde jedes Menschen als einzigartiges Geschöpf Gottes beginnt. Andrea Bleher (Untermünkheim) wollte das individuelle Lernen herausheben und hätte als Kirche gerne ein Ja zur Ganztageschule für alle gefunden.

Religionsunterricht an Berufsschulen

Oberkirchenrat Werner Baur erklärte auf eine förmliche Anfrage, dass im Moment nur für 60 Prozent der evangelischen Schüler an Berufsschulen Religionsunterricht angeboten werde. Die Situation solle unter anderem auch dadurch verbessert werden, dass Religionspädagoginnen und -pädagogen für den Unterricht an beruflichen Schulen qualifiziert werden. Auch solle Religionsunterricht umorganisiert werden – etwa in Form von Seminartagen.

Pfarrstellen im ländlichen Raum

„Für viele Pfarrer sind die Stellen im ländlichen Raum aufgrund der mangelnden Infrastruktur unattraktiv“, sagte Oberkirchenrätin Ilse Junkermann. Die betroffenen Kirchenbezirke sollten aktiv für sich werben und eine bessere Unterstützung der Pfarrer durch ausreichende Stundendeputate für Kirchenpflege und Sekretärin in Aussicht stellen. Im allgemeinen Bewusstsein müsse das Landpfarramt an Wertschätzung gewinnen, da es besondere Fähigkeiten im Bereich Gottesdienst und seelsorgerlicher Nähe verlange.

Handbuch für öffentliche Auftritte

Ein Handbuch für öffentliche Auftritte soll künftig dabei helfen, unangenehme Situationen bei Veranstaltungen zu vermeiden. Die Synode beauftragte den Oberkirchenrat, zur Erstellung des Handbuchs eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Medienhauses einzuberufen.

„Nach dem Einzug in eine volle Kirche anlässlich einer Investitur sind in den ersten Reihen nicht ausreichend Plätze reserviert worden, Kirchengemeinderäte und Dekanin begeben sich auf Platzsuche, Stühle werden herangeschafft.“ Mit diesem Beispiel beschrieb Michael Seibt, Vorsitzender des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit, warum dieses Handbuch notwendig sei. „Wenn Pannen einer mangelhaften Vorbereitung, einem fehlenden Stilempfinden und nicht erfolgten Absprachen geschuldet sind, dann wird es ärgerlich und tut dem Erscheinungsbild der Kirche nicht gut.“

Das Handbuch solle jederzeit aktualisierbar sein, seine potenziellen Nutzer und unterschiedliche Zielgruppen im Blick haben, für verschiedene Anlässe entsprechende Checklisten zur Verfügung stellen und darüber hinaus die Informationen „mit einem Griff“ oder auch „mit einem Klick“ zur Verfügung stellen. Seibt empfahl, das Handbuch als Loseblatt-Sammlung zu konzipieren.

Wolfgang Dannhorn gewählt

Wolfgang Dannhorn (Stuttgart) wurde neu als Vertreter der Landessynode in die Arbeitsrechtliche Kommission gewählt. Er folgt auf Christian Heckel (Sigmaringen), der aus beruflichen Gründen aus der Arbeitsrechtlichen Kommission ausgeschieden ist.

In die Ausschüsse verwiesen

Der Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit wird sich mit der Ausschöpfung des Bundesförderprogramms zum Klimaschutz befassen. Insbesondere soll geprüft werden, ob das „Stuttgarter Modell“ zur Energiesanierung kommunaler Liegenschaften auf die Landeskirche übertragbar ist. Außerdem wurde er beauftragt, die Auswirkungen der Finanzkrise zu analysieren. Die derzeitige Situation biete Anlass, auch den kirchlichen Umgang mit Geld kritisch zu reflektieren. Deshalb wird sich der Finanzausschuss mit einer Grundsatzklärung der methodistischen Kirche zum Umgang mit Geld angesichts der weltweiten Finanzkrise befassen. Der Ausschuss wird auch die Substanzerhaltungsrücklage beraten. Hintergrund ist, dass manche Kirchengemeinden wegen der vorgeschriebenen Höhe der Rücklagen Baumaßnahmen nicht in Angriff nehmen können.

Der Rechtsausschuss wird eine Änderung des Paragraphen 2 der Kirchenverfassung prüfen. Hintergrund sind Bestrebungen in der europäischen Gesetzgebung, die das kirchliche Selbstbestimmungsrecht gefährden könnten. Er befasst sich ferner mit einer Änderung der Geschäftsordnung der Landessynode. Eine Neufassung soll die Existenz der Gesprächskreise stärker verankern und die Gewaltenteilung konsequenter umsetzen. Außerdem soll die neue Geschäftsordnung in inklusiver Sprache abgefasst werden.

Der Theologische Ausschuss wurde beauftragt, die II. Theologische Dienstprüfung zu überarbeiten und stärker auf die Inhalte und Zielsetzungen des Ausbildungsvikariats abzustimmen. Außerdem wird der Ausschuss über ein „Jahr des Gottesdienstes“ beraten. Dabei soll der OKR bei der theologischen Fakultät eine empirische Forschungsarbeit zur Attraktivität unterschiedlicher Gottesdienstformen in Auftrag geben.

Abgelehnt wurde ein Antrag nach einem Gender-Training für die Landessynode.

Einheit in Verschiedenheit



Thomas Wipf ist Schweizer Kirchenratspräsident und Präsident der GEKE.

Thomas Wipf, Präsident der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), in der fast alle lutherischen, reformierten und methodistischen Kirchen Europas vertreten sind, wies auf die besondere Bedeutung der „Leuenberger Konkordie“ von 1973 hin. Mit diesem Dokument hatten sich die reformierten, lutherischen und methodistischen Kirchen Europas zur gegenseitigen Anerkennung des Abendmahls bekannt, trotz bleibender unterschiedlicher Verständnisse des Abendmahls und des pastoralen Amtes.

Mit dieser Grundlage einer „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ arbeite die GEKE heute. Sie führe einen intensiven Dialog mit den orthodoxen Kirchen, den europäischen Baptisten und den Anglikanern. Stark empfundene Unterschiede innerhalb der christlichen Kirchen in Europa seien seiner Einschätzung nach weniger theologisch als vielmehr historisch-kulturell begründet: „Ich fühle mich einem liberalen Schweizer Katholiken in vielem im Glauben sogar viel verwandter als einem Reformierten aus der Karpat-Ukraine.“ Europäische evangelische Christen bräuchten Orte, an denen sie zusammenkommen können, um die eigene Identität zu stärken und um ihrem gemeinsamen Auftrag gerecht zu werden: Nur noch 13 Prozent der EU-Bürger seien Protestanten. Wolle man gehört werden, sei eine länderübergreifende Zusammenarbeit geboten.

Synodale diskutieren über Europa

In der Aussprache reichten die Beiträge von Voten zur europäischen Verfassung bis hin zu Erfahrungen in der Diasporaarbeit.

Paul Eckert (Stuttgart) forderte eine Stellungnahme der Synode zum Gottesbezug in der europäischen Verfassung. Gertrud Dorn (Stuttgart) erklärte, dass viele Kirchen in Mitteleuropa sich freuen, dass sie jetzt Mitglied im Haus Europa seien und sich dadurch in ihrer Arbeit gestärkt fühlten. Ellen Winkler-Oberman (Filderstadt) lobte den Lissabonner Vertrag und wunderte sich über die Iren, die den Vertrag nicht ratifiziert hatten. Sie warnte: „Gerade im EU-Umfeld wird viel mit Bauernfängerei gearbeitet“, und man solle auf diese Strategien und Parolen nicht hereinfallen. Zudem regte sie an, eine Delegation der Landeskirche zum Kloster Mor Gabriel in der Türkei zu schicken. Winfried Dalferth (Crailsheim) fragte: „Wie können wir Württemberger in der EKD verstärkt dazu beitragen, dass die EKD unsere Vertretung in der EU fördernd begleitet?“

Dieter Heidtmann benannte die Gründe für den fehlenden Gottesbezug in der Präambel: zum einen seien derartige Präambeln in manchen EU-Staaten schlicht unbekannt, zum anderen hätte eine Reihe von Mitgliedsstaaten eine laizistische Tradition. Die erreichte Präambel mit ihrem Bezug auf das kulturelle, humanistische und religiöse Erbe Europas sei aus kirchlicher Sicht zwar nicht zufriedenstellend, aber nun eben Fakt. Wichtiger als die Präambel seien jedoch die Artikel 2 und 17 der europäischen Verfassung. Im Artikel 2 gründe sich die EU dezidiert auf Werte, die sich zum großen Teil mit christlichen Vorstellungen deckten: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit. Und in Artikel 17 verpflichtete sich die EU zu einem regelmäßigen Dialog mit den Kirchen. Heidtmann stimmte Winkler-Oberman zu: Die deutsche Debatte um den EU-Vertrag werde gelegentlich in fragwür-

diger Weise geführt. Er machte auch darauf aufmerksam, dass die Abstimmung in Irland von nationalen Debatten überlagert gewesen sei.

Landesbischof Frank Otfried July forderte die Synodalen auf, die Arbeit der GEKE und der KEK stärker publik zu machen. „In einem zusammenwachsenden Europa, in einer Gemeinschaft europäischer Kirchen sind wir darauf angewiesen, in diesem Zusammenspiel dabei zu sein.“

Elke Dangelmaier-Vinçon (Nürtingen) machte auf die Not der Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas aufmerksam. Thomas Wipf antwortete: Erst kürzlich habe sich die kirchliche europäische Kommission für Migranten mit der KEK zusammengeschlossen. Damit sei für die KEK zu ihren bisherigen Arbeitsbereichen der weltweit wichtige Einsatz für Migranten und Flüchtlinge hinzugekommen. Dieser Einsatz sei nicht auf Europa beschränkt.

Wipf sagte, dass alle westeuropäischen Gesellschaften vor einer Diskussion im Zusammenhang mit den multikulturellen und multireligiösen Veränderungen stünden. Gerade evangelische Christen seien herausgefordert zur Offenheit anderen gegenüber. Eine gemeinsame evangelische Identität in Vielfalt müsse erarbeitet werden.

Die Erklärung der Synode zur Zukunft Europas im Internet: www.elk-wue.de/fileadmin/mediapool/elkwue/dokumente/landessynode/fruehjahrstagung_09/antraege/Antrag_13-09_Erklaerung_Europawahl2009.pdf.

Die Landessynode trifft sich zu ihrer Sommertagung vom 2. bis 4. Juli 2009 im Stuttgarter Hospitalhof. Informationen gibt es rechtzeitig unter www.elk-wue.de.

Suchet der Stadt Bestes

Unter dem Motto „Suchet der Stadt Bestes“ berichtete Dieter Heidtmann von seiner Arbeit als Vertreter der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK). Einerseits sei es die Aufgabe der GEKE, Informationen über die Arbeit der politischen Institutionen der EU in die Kirchen zu tragen. Andererseits sei es wichtig, als Kirche mit einer gemeinsamen Stimme auf die Organisationen zuzugehen.

Heidtmann erklärte, die wichtigste Frage bei seiner Arbeit sei: „Was ist das Beste für die Menschen in Europa und damit auch in unseren Kirchen?“ Als Beispiel für erfolgreiche Arbeit nannte er die veränderten Dienstleistungsrichtlinien und die Hilfe europäischer Kirchen für das Kloster Mor Gabriel in der Türkei. „Ohne die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene geht nichts mehr“, erläuterte er mit Blick auf die Wirtschaftskrise, den Klimawandel und die Sicherheitspolitik. „Um ihre Aufgaben noch besser zu erfüllen, muss die EU demokratischer und sozialer werden.“ Deshalb setzten sich die Kirchen für den Lissabonner Vertrag ein. Sie müssten ihre spezifische Botschaft, das Evangelium und damit auch ihre Werte in die EU einbringen.

Situation von Heimkindern

Heike Baehrens vom Diakonischen Werk würdigte auf eine Anfrage hin die Initiative der Karlshöhe Ludwigsburg zur Aufarbeitung der Situation von Heimkindern in den 50er und 60er Jahren. Das Vorgehen könne beispielhaft für andere diakonische Einrichtungen werden und zugleich auf die aktuell prekäre Situation der Heimerziehung aufmerksam machen.

Enge Abstimmung mit Oberkirchenrat

Der Geschäftsführende Ausschuss strebt eine enge Abstimmung mit dem Oberkirchenrat und dem Landesbischof an. Vier Mal habe sich der Geschäftsführende Ausschuss seit Beginn der Legislaturperiode mit dem Kollegium getroffen, berichtete der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Gerhard Schubert. Thema seien dabei unter anderem die Pfarrhausrichtlinien gewesen. Der Entwurf einer neuen Verordnung sei am 22. Oktober 2008 einstimmig im Ausschuss verabschiedet worden. Bei den Beratungen sei festgehalten worden, dass für das „Leben mit Behinderungen“ im Pfarrhaus Einzelregelungen gefunden werden sollen.

„Strategische Planung“ sei ein zweiter größerer Themenkomplex gewesen, mit dem sich Kollegium und Ausschuss befasst hätten. Dabei sollen die Vorhaben von Landesbischof, Oberkirchenrat und Landessynode besser aufeinander abgestimmt werden. Angestrebt sei, eine hohe Kongruenz von strategischer Planung, mittelfristiger Finanzplanung und dem jährlichen Haushaltsplan zu erreichen.

In den Gesprächen sei auch über die Rollenverteilung zwischen Landesbischof und Oberkirchenrat auf der einen und Landessynode auf der anderen Seite gesprochen worden. Der Ausschuss habe insbesondere großen Wert darauf gelegt, dass die Landessynode die letzte Entscheidungsinstanz sei und auch bleiben solle. Beschlüsse zur strategischen Planung seien bislang aber noch nicht gefasst worden, so Schubert.

Amoklauf überschattet Synode

Die Frühjahrstagung der Synode war geprägt vom Amoklauf in Winnenden und Wendlingen am Mittwoch zuvor. Der Landesbischof dankte den Notfallseelsorgern vor Ort.

Schon im Gottesdienst in der Hospitalkirche vor Beginn der Synode gedachten die Synodalen der Opfer des Amoklaufs in Winnenden und Wendlingen. Zu Beginn der Tagung bat die Präsidentin der Synode, Christel Hausding, die Anwesenden um eine kurze Zeit des stillen Gedenkens. „Im Plenum der Synode ist es uns unmöglich, einfach zur Tagesordnung überzugehen, zumal beim heutigen Thema Bildung und Schulpolitik die schlimme Gewalttat an der Schule in Winnenden und die in Wendlingen immer gegenwärtig sein werden“, sagte sie. Landesbischof Frank Otfried July sprach anschließend ein Psalmgebet und sagte vorweg: „Ich tue dies gleichzeitig für die, mit denen ich gestern sprechen konnte, der Schulleiterin, die Lehrer und die vielen Schülerinnen und Schüler, die gestern Abend Gottesdienst gefeiert und ihr Leid vor Gott gebracht haben.“

In der Eingangshalle des Hospitalhofes war während der Synode ein Blumenstrauß zum Gedenken an die Opfer aufgestellt. Zum Schluss der Synode würdigte July die Seelsorger in Winnenden: „Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch an dieser Stelle vor der Öffentlichkeit der Synode unseren Pfarrerrinnen und Pfarrern vor Ort und den Notfallseelsorgern schon jetzt meinen Dank auszusprechen, die in großer Zahl und mit großem Engagement auch heute vor Ort präsent sind. Daran zeigt sich, dass diese Arbeit notwendig und sinnvoll ist.“



Ein Blumenstrauß in der Eingangshalle des Hospitalhofes erinnerte während der Synodaltagung an die Opfer des Amoklaufs von Winnenden und Wendlingen.

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH
 Redaktion: Christian Tsalos (verantwortlich),
 Dietmar Hauber, Nicole Marten, Birgit Mattausch,
 Ann-Kathrin Radig, Peter Steinle, Silke Sürmer
 Fotos: David Kobow, Christian Tsalos
 Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH,
 Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei:
 Evangelisches Medienhaus GmbH
 Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
 Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81
 kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de



**EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
 IN WÜRTTEMBERG**